



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

# Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

## Das Meinungsbild der Vorarlberger und Vorarlbergerinnen

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

**ZukunftsFonds**  
der Republik Österreich

Dezember 2021

## Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Vorarlberg	5
Ergebnisse	7
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	7
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	7
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Vorarlberg	8
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	9
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	10
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	17
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	18
Pressespiegel	19
Bilder der EU-Zukunftstour in Vorarlberg	20
Resümee	21

## Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.<sup>1</sup> Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

---

<sup>1</sup> Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission\\_en\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf)

## Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** ([www.market.at](http://www.market.at)) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

## Umfrage Vorarlberg

Die **Umfrage** im Bundesland Vorarlberg wurde vom **5. bis 13. Juli 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die Vorarlberger Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.<sup>2</sup> Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 17. bis 21. Juli 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad durch Vorarlberg unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.<sup>3</sup>

Die **Vorstellung der Umfrageergebnisse** fand am **19. Juli 2021** im Rahmen des **Pressegesprächs „Vorarlberg in der EU: Chancen, Herausforderungen & Erwartungen“** im Rathaus Dornbirn statt. Neben Martin Selmayr und Paul Schmidt nahmen auch Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin der Stadt Dornbirn und Claudia Gamon, Abgeordnete im Europäischen Parlament, an der Präsentation teil.

---

<sup>2</sup> Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

<sup>3</sup> Siehe: EU-Zukunftsdebatte: Klimaschutz ist für Vorarlberger das wichtigste Thema (APA-OTS, 19. Juli 2021) <https://bit.ly/3eDIPS9>



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Mathis

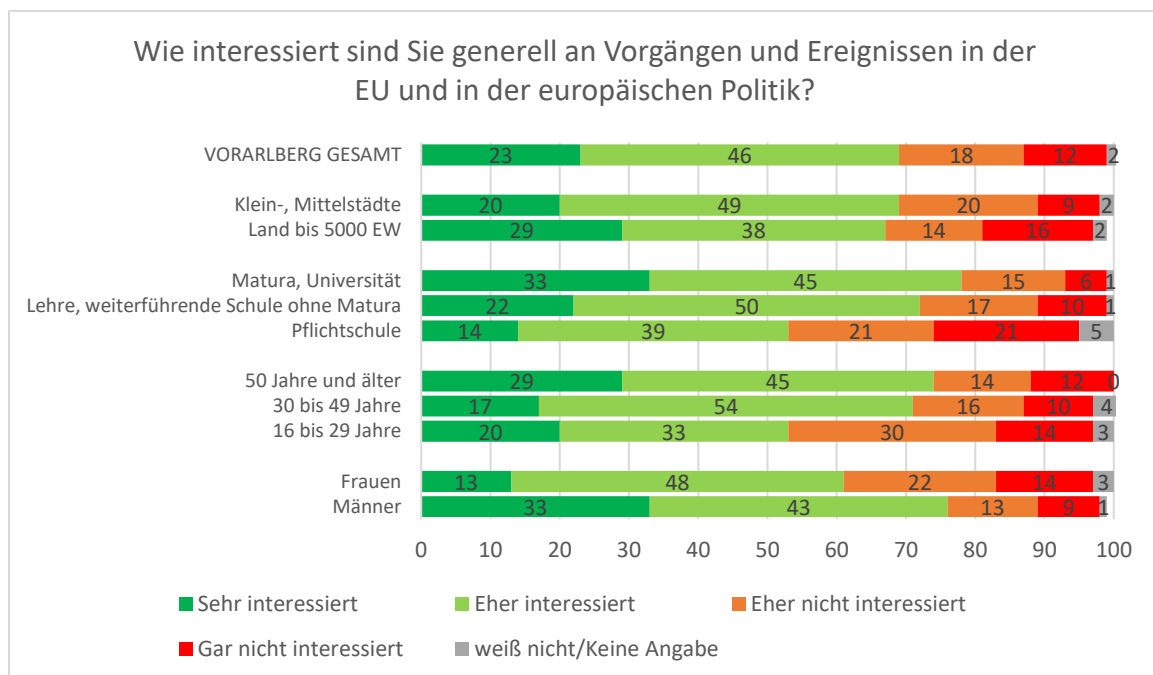
## Ergebnisse

### Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Mehr als zwei Drittel der Befragten in Vorarlberg zeigen sich an „**Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert**“, davon 23 Prozent „sehr“ und 46 Prozent „eher“. Drei von zehn Befragten sind dagegen „eher nicht“ (18 Prozent) oder „gar nicht“ (18 Prozent) daran interessiert.

Das Europa-Interesse ist unter Männern (76 Prozent „sehr/eher“) höher als bei Frauen (61 Prozent). Ebenso steigt das Interesse mit höherem schulischen Ausbildungsgrad: 78 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss bekunden Interesse, bei Personen mit Pflichtschulausbildung sind es 53 Prozent.

Je älter die Befragten sind, desto mehr sind sie auch an europäischen Entwicklungen interessiert. In der Altersgruppe bis 29 Jahre sagen jedoch 44 Prozent, dass sie eher oder gar kein Interesse daran haben.

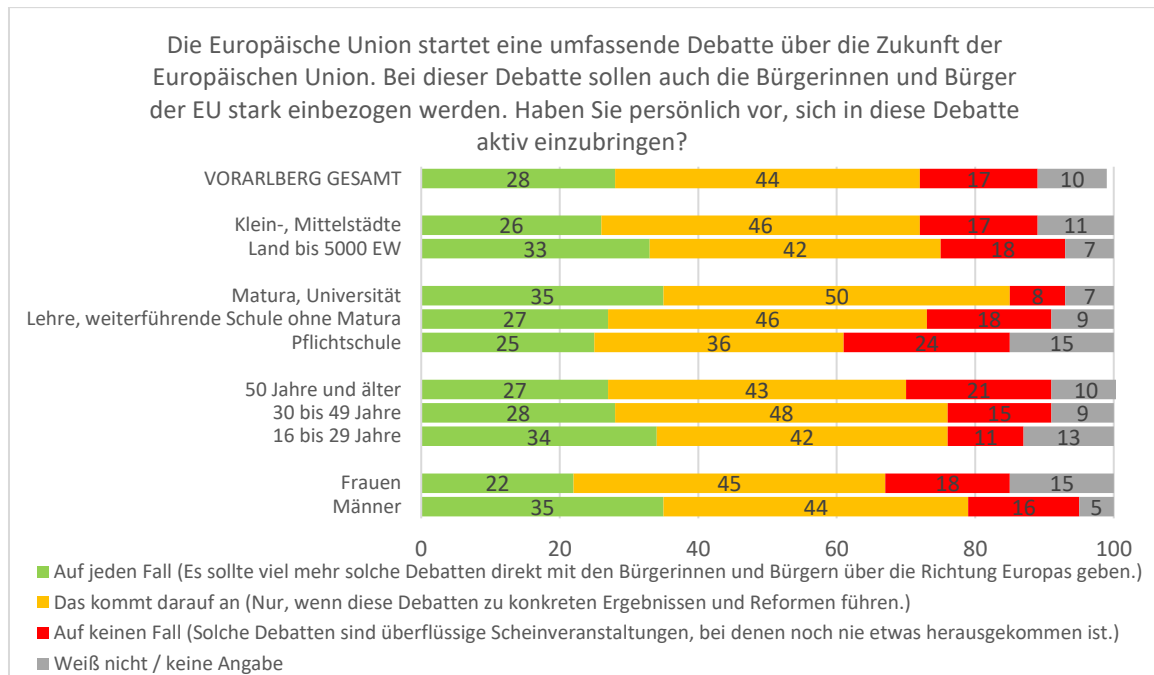


### Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Fast jede/r dritte Befragte in Vorarlberg (28 Prozent) gibt an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmt der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 44 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. Ein knappes Fünftel (17 Prozent) ist hingegen skeptisch, Ein weiteres Zehntel kann zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Die Bereitschaft, sich „auf jeden Fall“ an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen, ist am stärksten bei Männern, Personen mit Matura/Uniabschluss (je 35 Prozent) und VorarlbergerInnen bis 29 Jahre (34 Prozent).

Am skeptischsten zeigen sich jene Befragten, die über einen Pflichtschulabschluss verfügen: Für 24 Prozent handelt sich bei der laufenden Zukunftsdebatte um eine „Scheinveranstaltung, bei der nichts herauskommen wird“.



## Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Vorarlberg

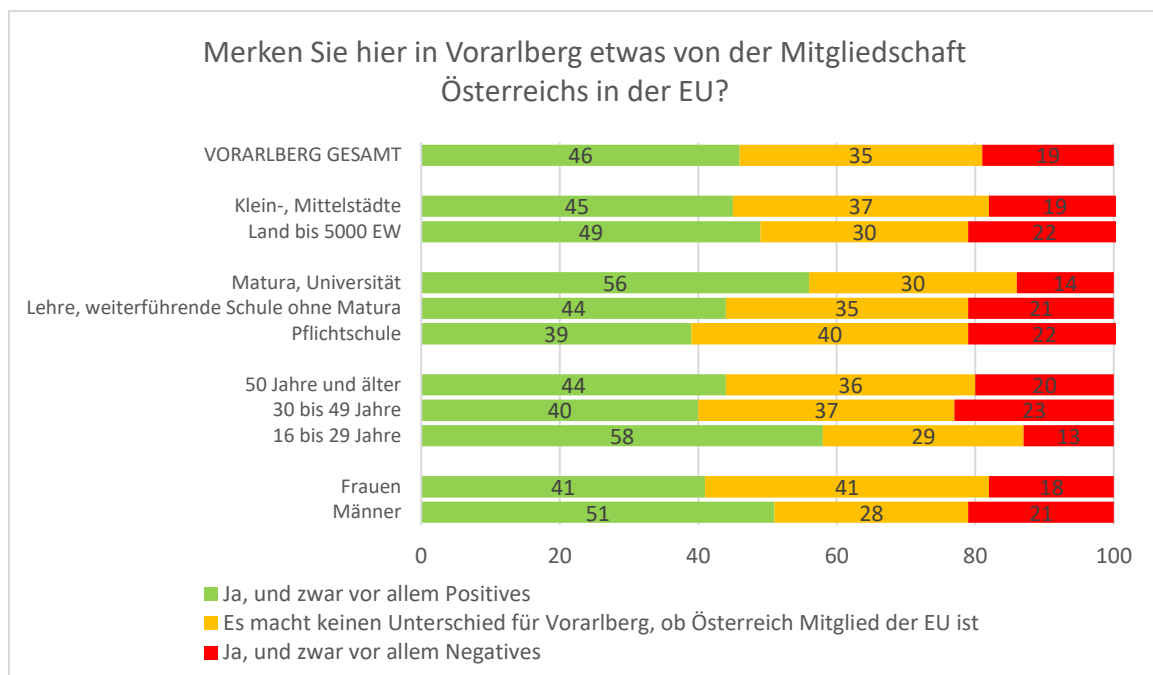
Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Vorarlberg** geht, so ist knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) überzeugt, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft im Ländle vor allem Positives bemerken, 19 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) sagt, „es macht keinen Unterschied für Vorarlberg, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

**Vor allem die jüngsten Befragten verbinden die Mitgliedschaft mit positiven Assoziationen:** 58 Prozent der 16 bis 29-Jährigen äußern sich in diesem Sinne, in den anderen Altersgruppen sind es etwa vier von zehn Befragten. 13 Prozent der jüngsten Befragten sehen in der EU-Mitgliedschaft als etwas Negatives für das Bundesland, bei den VorarlbergerInnen zwischen 30 und 49 Jahren sind es 23 Prozent, bei den über 50-Jährigen 20 Prozent.

Überdurchschnittlich positiv bilanzieren auch Personen mit Universitätsabschluss/Matura (56 Prozent), andere Ausbildungsgruppen sehen seltener explizit Positives. Männer beurteilen die Mitgliedschaft positiver als Frauen (51 Prozent zu 41 Prozent).



In keiner der Befragungsgruppen ist mehr als ein Viertel davon überzeugt, dass die EU-Mitgliedschaft vorwiegend negative Auswirkungen auf das Bundesland hat.



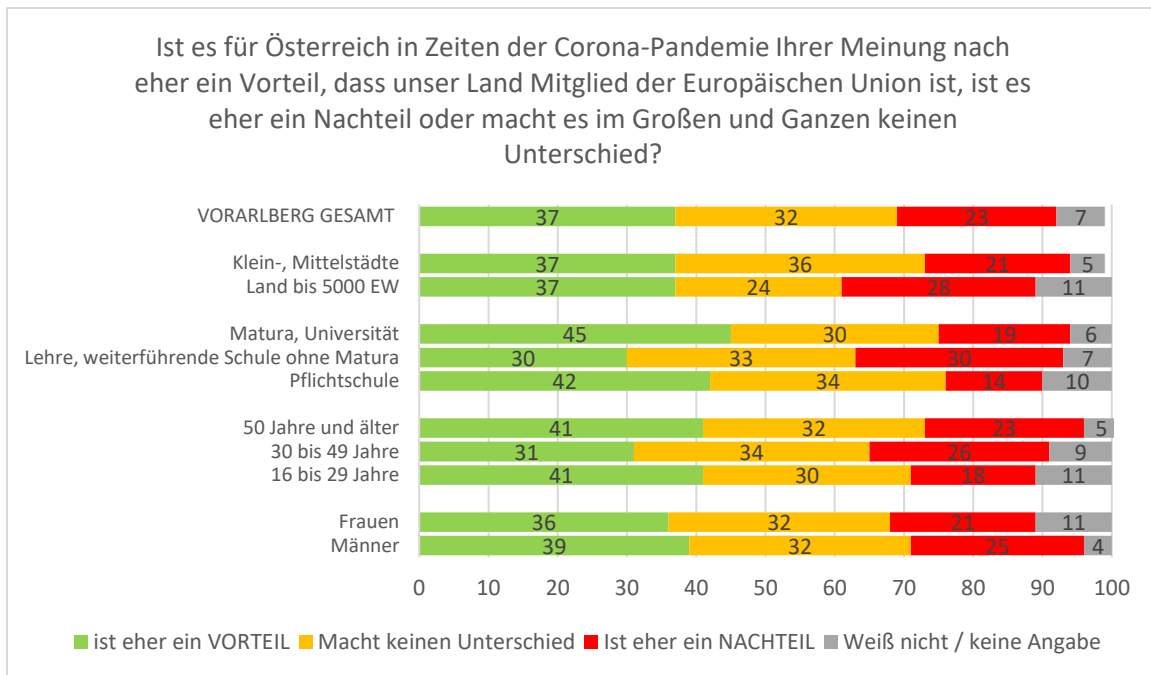
## EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

37 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 23 Prozent ist es eher ein Nachteil, für 32 Prozent „macht es keinen Unterschied“.

Dass die EU-Mitgliedschaft ein Vorteil ist, wird am stärksten bei Personen mit Matura oder Universitätsabschluss angegeben (45 Prozent), aber auch Befragte mit Pflichtschulausbildung (42 Prozent), VorarlbergerInnen bis 29 Jahre bzw. ab 50 schließen sich dieser Meinung häufiger an (41 Prozent).

Explizit als Nachteil wird die Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Pandemie bei jenen Befragten gesehen, die über einen Lehrabschluss verfügen (30 Prozent), VorarlbergerInnen, die in ländlichen Gemeinden leben, teilen diese Ansicht zu 28 Prozent, die Altersgruppe 30 bis 49 empfinden dies zu 26 Prozent.

Im Meinungsbild von Frauen und Männern gibt es in dieser Frage keine großen Unterschiede.



## Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Für die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger steht der „**Klima- und Umweltschutz**“ ganz oben auf der europäischen To-Do-Liste. Ähnliche Dringlichkeit wird der „**Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich**“ zugemessen. Eine „**gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik**“ sowie „**die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ sollten für die Union ebenfalls „hohe Priorität“ haben.

### Klima- und Umweltschutz

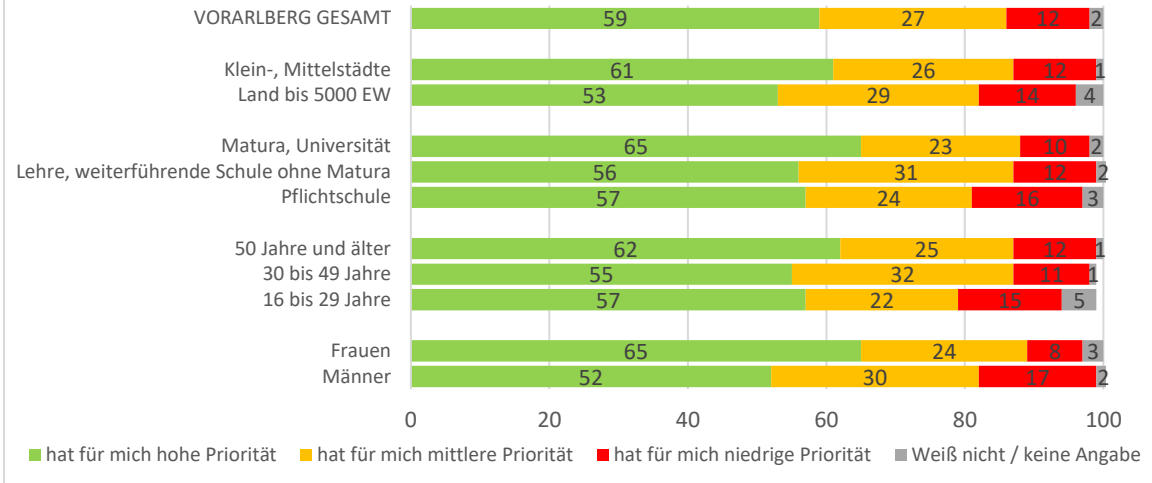
Knapp sechs von zehn Befragten (59 Prozent) geben in der Umfrage an, dass der Klima- und Umweltschutz für die Europäische Union hohe Priorität haben sollte. Für 27 Prozent hat das Thema mittlere Priorität, 12 Prozent sehen es als nicht vordringlich an.

Während Frauen das Umweltthema zu zwei Drittel (65 Prozent) als besonders wichtig erachten, sind es bei Männern nur knapp mehr als die Hälfte (52 Prozent). In kleinen und mittelgroßen Städten wünschen sich 61 Prozent, dass die EU besonderes Augenmerk darauf legt, in ländlichen Kleingemeinden sind es 53 Prozent. Befragte mit Matura/Universitätsabschluss (65 Prozent) messen ihm etwas höhere Bedeutung bei als andere Ausbildungsgruppen.

Dass dem Umwelt- und Klimaschutz geringe Priorität eingeräumt werden sollte, wird in keiner Befragungsgruppe überdurchschnittlich häufig genannt – am ehesten sind noch Männer (17 Prozent) dieser Ansicht.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

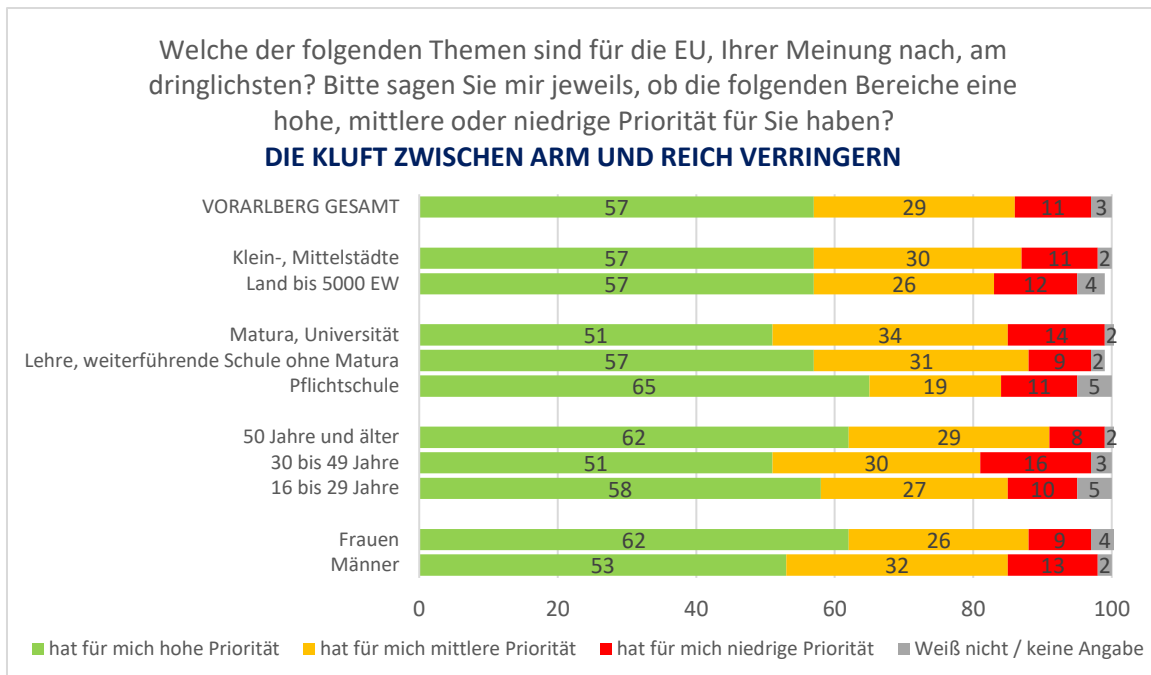


### Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

Für 57 Prozent der VorarlbergerInnen hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die **„Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern“**. Für 29 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 11 Prozent „niedrige“. 3 Prozent antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe.

Dieses Thema ist Befragten mit Pflichtschulabschluss ein besonderes Anliegen (65 Prozent), Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura (57 Prozent) bzw. Matura/Uniabschluss (51 Prozent) halten es etwas seltener für vordringlich.

Frauen sehen für die EU in diesem Punkt zu 62 Prozent dringenden Handlungsbedarf, in der Gruppe der Männer sind es dagegen 53 Prozent. Auch in der Altersgruppe 50+ möchten sechs von zehn Befragten (62 Prozent), dass das Thema für die Union höchste Priorität haben sollte.



## Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

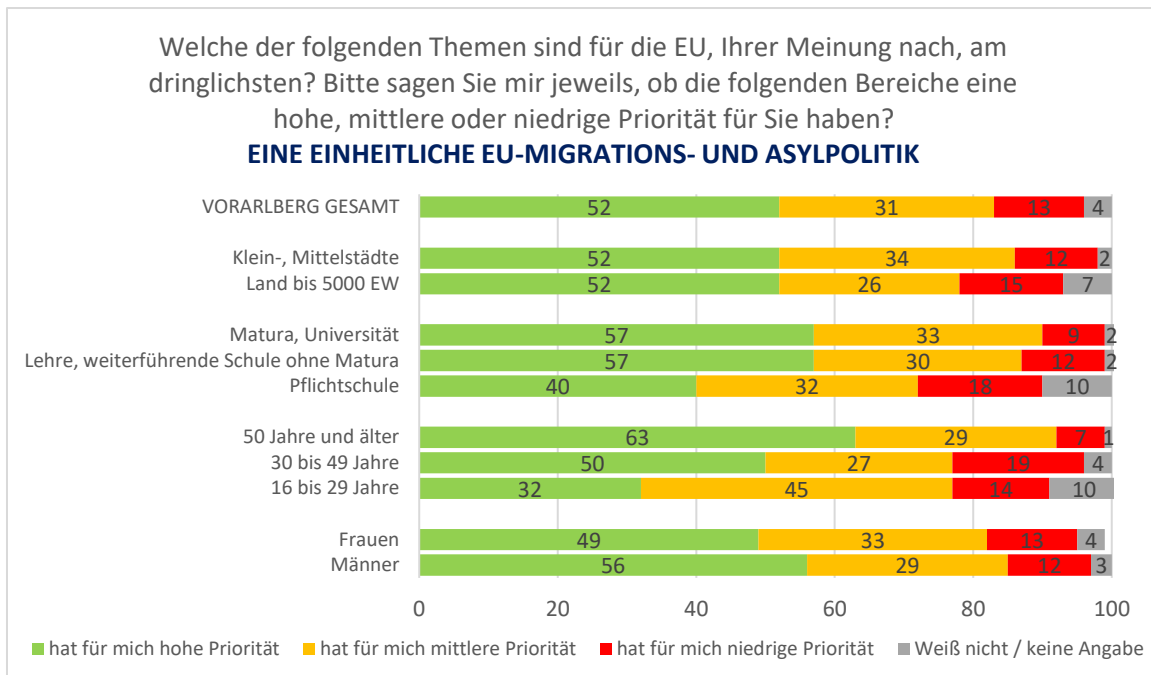
Für 52 Prozent der VorarlbergerInnen ist „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf der Prioritätenskala, für 31 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. Nur 13 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“). 4 Prozent nehmen nicht Stellung.

Je älter die Befragten sind, desto dringlicher scheint ihnen, dass die Europäische Union dieses Thema auf ihre Agenda setzt. So soll es für Gruppe der über 50-Jährigen zu 63 Prozent oberste Priorität haben, bei den 30 bis 49-Jährigen ist genau die Hälfte dieser Ansicht, bei den Jüngsten im Alter von 16 bis 29 Jahren ist es nur mehr ein knappes Drittel (32 Prozent).

Männern ist eine rasche Befassung der EU mit einer einheitlichen Asyl- und Migrationspolitik wichtiger als Frauen („hohe Priorität“: 56 zu 49 Prozent).

Während Befragte mit Matura/Universitätsabschluss sowie mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura das Thema zu 57 Prozent vordringlich behandelt wissen wollen, sind es bei Personen mit abgeschlossener Pflichtschule 40 Prozent.

Befragte mit Pflichtschulabschluss sowie die Gruppe der 30 bis 49-Jährigen (18 bzw. 19 Prozent) sagen noch am häufigsten, dass das Thema für sie „niedrige Priorität“ besitzt.



## Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

Etwas mehr als der Hälfte der Befragten ist es wichtig, dass die „**Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ von der EU auf der Prioritätenskala ganz oben angesiedelt wird. Für 28 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 16 Prozent „niedrige“. 7 Prozent äußern sich nicht dazu.

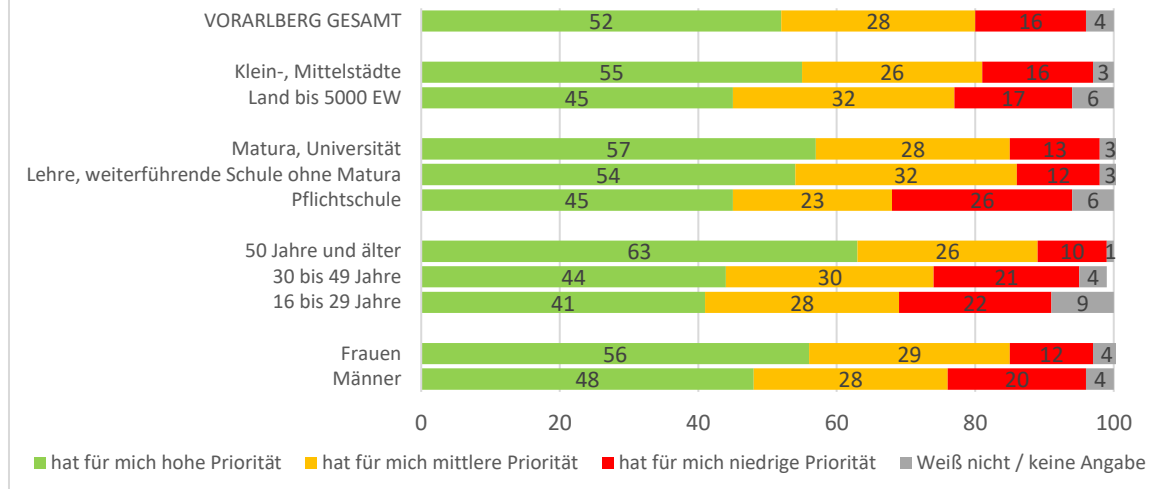
Frauen halten die Bekämpfung der Corona-Pandemie durch die EU für dringlicher als Männer (56 zu 48 Prozent). Während fast zwei Drittel der über 50-Jährigen hier vorrangiges EU-Engagement wünschen, sind es in jüngeren Altersgruppen nur vier von zehn Befragten.

Einen starken Einsatz präferieren auch 55 Prozent der VorarlbergerInnen, die in ländlichen Gemeinden leben. In kleinen und mittelgroßen Städten sind es dagegen 45 Prozent.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad wird die Eindämmung der Pandemie häufiger als Priorität für die EU angesehen: Sind 57 Prozent der Personen mit Matura/Universitätsausbildung dieser Ansicht, schließen sich nur 45 Prozent der PflichtschulabsolventInnen dieser Meinung an. Die letztgenannte Gruppe sagt auch zu 26 Prozent, dass das Thema für die Union nicht vorrangig auf der Tagesordnung stehen sollte. Dieser Meinung schließt sich auch etwa ein Fünftel der Männer und der Befragten ab 30 Jahren an.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN



### Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

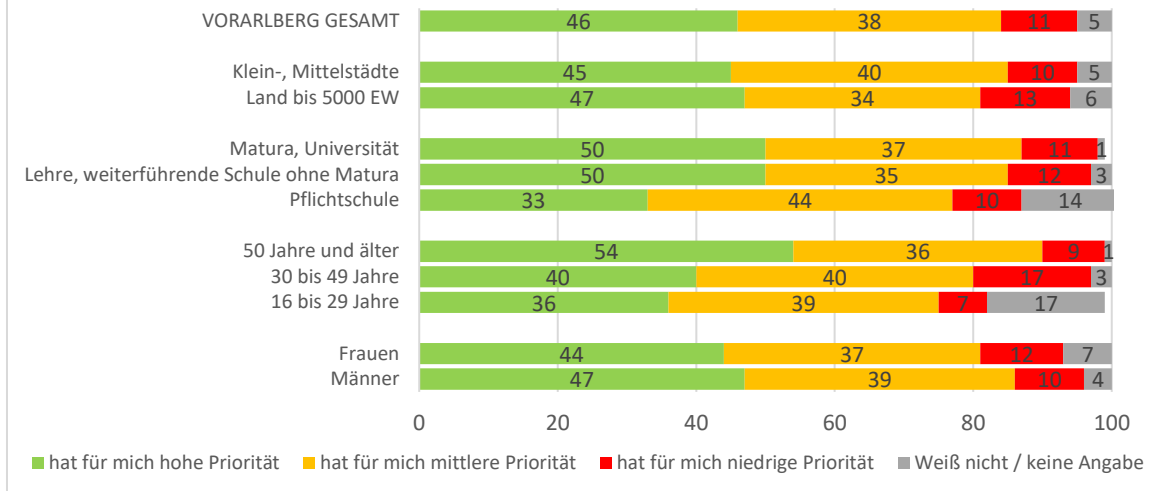
46 Prozent der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein Anliegen, dem sich die Europäische Union in Zukunft vorrangig annehmen sollte. Für weitere 38 Prozent hat dieses Thema „mittlere“ Priorität. 11 Prozent sehen in mehr Demokratie für der EU keine Dringlichkeit, 5 Prozent geben keine Antwort ab.

Dieses Thema ist vor allem Befragten ab 50 Jahre wichtig: 54 Prozent geben an, dass es für die Europäische Union hohe Priorität haben sollte. Auch Personen mit Matura/Universitätsabschluss sowie Befragten, die eine weiterführende Schule ohne Matura bzw. eine Lehre absolviert haben, stimmen zu 50 Prozent dieser Meinung zu.

Die Gruppe, die noch am häufigsten angibt, dass mehr Demokratie auf EU-Ebene für sie „niedrige Priorität“ hat, sind mit 17 Prozent die 30 bis 49-Jährigen.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### STÄRKUNG DER DEMOKRATIE AUF EU-EBENE



### Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

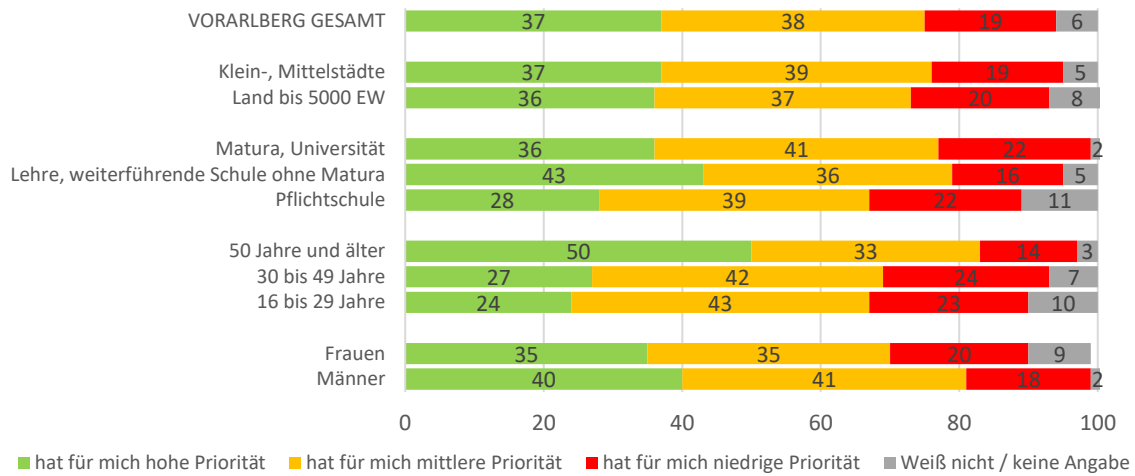
Für 37 Prozent der befragten VorarlbergerInnen wäre es sehr dringlich, „**die Rolle der Regionen in der EU zu stärken**“. 38 Prozent meinen, dass dieses Thema für sie „mittlere Priorität“ hat, für 19 Prozent steht es nicht an vorderster Stelle jener Bereiche, welche die Union unmittelbar angehen soll. 6 Prozent können oder wollen diesen Punkt nicht beantworten.

Es ist vor allem eine Gruppe, die dieses Thema überdurchschnittlich häufig als vordringlich für die EU erachtet – genau die Hälfte der Befragten ab 50 Jahre äußern sich in diesem Sinn – in anderen Altersgruppen ist etwa nur ein Viertel gleicher Ansicht.

Auch Personen mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung sind seltener – zu 28 Prozent – der Meinung, dass eine Stärkung der Regionen in der EU an vorrangiger Stelle stehen sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



### Stärkung der globalen Rolle der EU

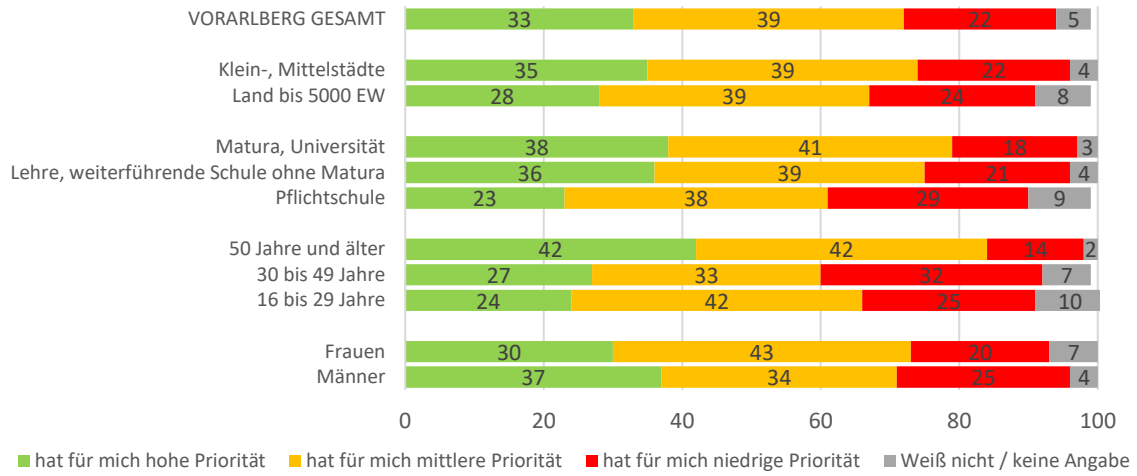
Die „**Stärkung der globalen Rolle der EU**“ wird von den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern ans Ende der Prioritätenskala gereiht. Für 33 Prozent hat dieser Bereich „hohe Priorität“, für 39 Prozent „mittlere“. 22 Prozent sagen jedoch, dass eine stärkere EU auf der Weltbühne ein Thema ist, das sich für die EU eher nachrangig stellt. 5 Prozent äußern sich wiederum nicht.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad empfinden eine global stärkere EU häufiger als vordringlich, dasselbe gilt für die Generationen 50+. Männer teilen diese Ansicht etwas öfter als Frauen. Personen, die in kleinen und mittelgroßen Städten wohnen, schließen sich ihr häufiger an als jene VorarlbergerInnen, die am Land leben.



Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

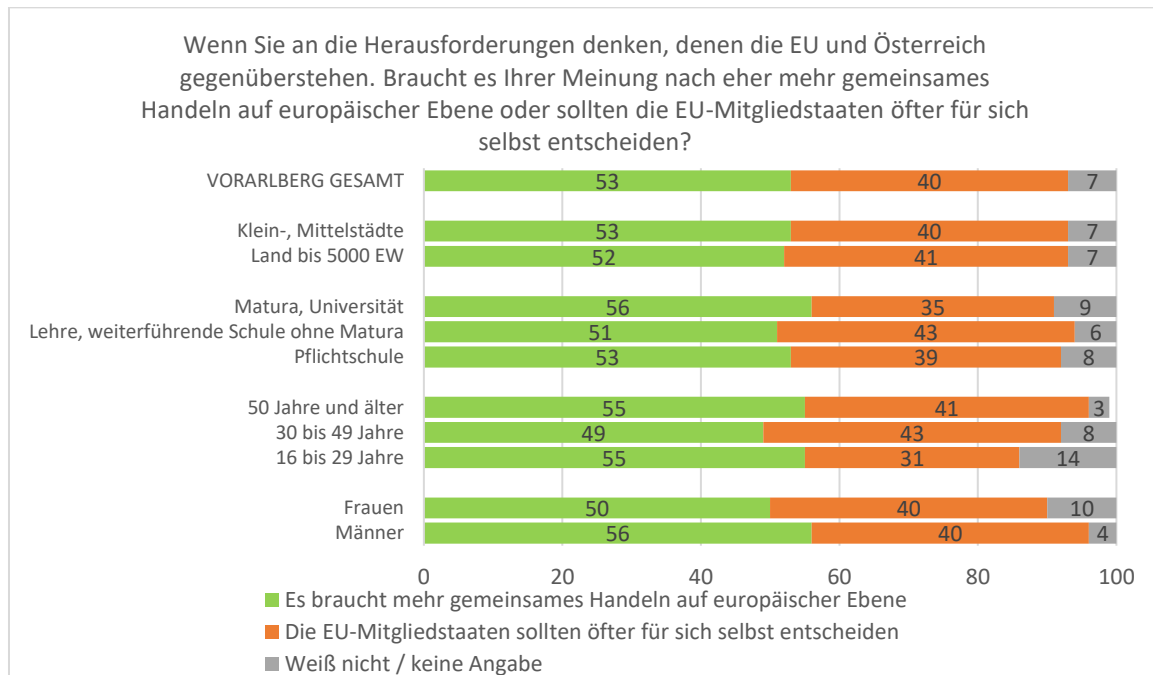
### DIE GLOBALE RÖLE DER EU STÄRKEN



### Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

53 Prozent der Befragten in Vorarlberg glauben, dass es „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 40 Prozent vertreten die Ansicht, dass in Zukunft die „EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“ sollten. 7 Prozent nehmen zu dieser Frage nicht Stellung.

Zwischen den einzelnen Befragungsgruppen gibt es in dieser Frage keine großen Meinungsunterschiede.



## Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

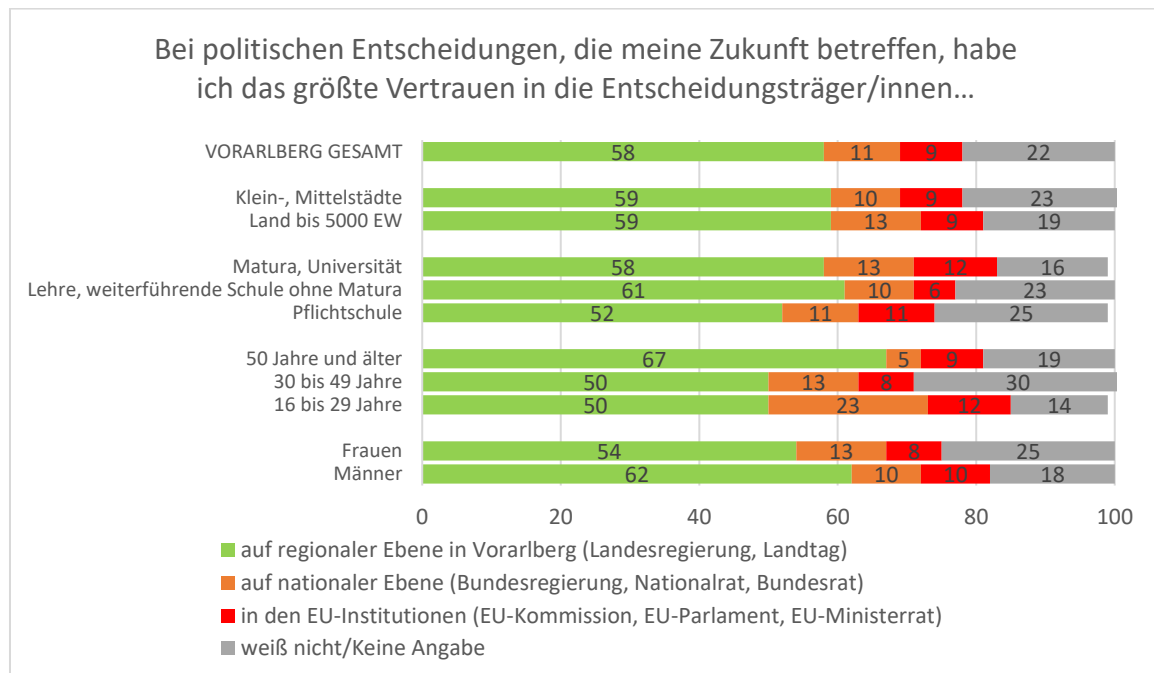
Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (58 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 11 Prozent geben in dieser Frage die **nationale Ebene** an (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 9 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Fast ein Viertel (22 Prozent) kann oder will zu diesem Punkt jedoch nicht Stellung beziehen.

Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** bei Personen ab 50 Jahre (67 Prozent) sowie bei männlichen Befragten (62 Prozent) und Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura (61 Prozent).

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den Personen zwischen 16 und 29 Jahren (23 Prozent).

Die Vertrauenswerte in die **EU-Institutionen** sind in den unterschiedlichen Befragungsgruppen sehr ähnlich. Am niedrigsten sind sie bei Befragten, die eine weiterführende Schule oder Lehre abgeschlossen haben (6 Prozent) und bei Frauen (8 Prozent).

Vielen Befragten fiel es schwer, sich in dieser Frage zu entscheiden: Drei von zehn Personen in der mittleren Altersgruppe der 30 bis 49-Jährigen und ein Viertel der PflichtschulabsolventInnen und Frauen können oder wollen nicht dazu Stellung beziehen. Aber auch in den anderen Befragungsgruppen ist sich eine recht hohe Anzahl in diesem Punkt unsicher.



## Pressespiegel

EU-Zukunftsdebatte: Klimaschutz ist für Vorarlberger das wichtigste Thema (APA-OTS, 19. Juli 2021)

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210719\\_OTS0103/eu-zukunftsdebatte-klimaschutz-ist-fuer-vorarlberger-das-wichtigste-thema-bild](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210719_OTS0103/eu-zukunftsdebatte-klimaschutz-ist-fuer-vorarlberger-das-wichtigste-thema-bild)

Vorarlberg profitiert von EU-Mitgliedschaft (ORF Vorarlberg, 19. Juli 2021)

<https://vorarlberg.orf.at/stories/3113307/>

Meinung der Vorarlberger zur EU erforscht (Neue Vorarlberger Tageszeitung, 19. Juli 2021)

<https://www.neue.at/politik/2021/07/19/meinung-der-vorarlberger-zur-eu-erforscht.neue>

Vorarlberg profitiert von EU-Mitgliedschaft (ORF Vorarlberg Heute, 19. Juli 2021)

<https://tvthek.orf.at/profile/Vorarlberg-heute/70024/Vorarlberg-heute/14099328/Vorarlberg-profitiert-von-EU-Mitgliedschaft/14962118>

Großes Interesse der Vorarlberger an EU-Themen (Vorarlberger Nachrichten, 20. Juli 2021)

<https://www.vn.at/politik/2021/07/19/grosses-interesse-der-vorarlberger-an-eu-themen.vn>

EU-Zukunftsdebatte: Klimaschutz ist für Vorarlberger das wichtigste Thema (Ökonews, 20. Juli 2021)

[https://www.oekonews.at/?mdoc\\_id=1166178](https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1166178)

EU-Vertreter zu Gast beim Verkehrsverbund (V-Mobil, Juli 2021)

<https://www.vmobil.at/eu-vertreter-zu-gast-beim-verkehrsverbund>

EU-Zukunftsdebatte in den Bundesländern (OKTO-TV; EUROPA : DIALOG, 5. August 2021)

<https://www.okto.tv/de/oktothek/episode/26786>

Bilder der EU-Zukunftstour in Vorarlberg



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

## Resümee

Die aktuelle Umfrage zeigt einen großen Rückhalt für Maßnahmen gegen den Klimawandel: Für fast sechs von zehn Menschen in Vorarlberg steht Klimaschutz ganz oben auf der europäischen To-Do-Liste.

„Auch für die Europäische Kommission hat der Kampf gegen den Klimawandel oberste Priorität. Wir haben gerade ein umfangreiches Maßnahmenpaket präsentiert, um die Treibhausgasemissionen – so wie es die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossen haben – bis 2030 gegenüber 1990 um 55 Prozent zu senken. Unsere Vorschläge sollen ein Ansporn für die notwendigen Veränderungen sein und sehen auch die Unterstützung der sozial schwächsten Haushalte vor, sodass der Klimaschutz für alle Vorteile bringt. Vieles, was dem Klima guttut, macht auch Spaß und ist gesund – Fahrrad statt Auto fahren zum Beispiel, wie Paul Schmidt und ich bestätigen können“, so Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission, bei einem Pressegespräch zur Umfrage im Rathaus Dornbirn.

Dass konkrete Maßnahmen auf Gemeindeebene sehr gut wirken, zeigt das Beispiel der Stadt Dornbirn. Bürgermeisterin Andrea Kaufmann: „Wir setzen mit dem Umwelt- und Energieprogramm jährlich verbindlich und konkret Projekte zu Energieeffizienz und Klimaschutz um; Gerade die Städte und Gemeinden können hier einen wichtigen Beitrag leisten.“ Die Städte und Gemeinden sind für die Bürgerinnen und Bürger wichtige Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Europäischen Union geht. Als langjährige Trägerin der Informationsstelle „Europe Direct“ sind die Stadt Dornbirn und ihre EU-Gemeinderäte laufend im Dialog mit der Bevölkerung und den europäischen Institutionen, unterstreicht Kaufmann.

Selmayr und ÖGfE-Generalsekretär Schmidt bringen die auf ihrer Tour gesammelten Ideen und Wünsche in die am 9. Mai gestartete Debatte über die Zukunft Europas ein, die bis zum Frühjahr 2022 läuft. „Europa ist, was wir daraus machen“, betonte Selmayr. 46 Prozent der Menschen in Vorarlberg sagen, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft Österreichs vor allem Positives bemerken, für 19 Prozent überwiegt das Negative. Etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) findet hingegen, „es macht keinen Unterschied für Vorarlberg, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“. 37 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 23 Prozent ist es eher ein Nachteil, für 32 Prozent „macht es keinen Unterschied“.

Schmidt sagte: „Im Rahmen unserer Tour durch Österreichs Bundesländer sehen wir tagtäglich, dass das Interesse an Europa bei den Menschen hoch und der Gesprächsbedarf über die anstehenden Herausforderungen dringend ist. Das Ländle ist hier keine Ausnahme. Umwelt- und Klimaschutz, soziale Fragen, aber auch die Bekämpfung der Corona-Folgen und eine gemeinsame Antwort im Punkt Asyl- und Migration sind nur einige der Themen, die den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern unter den Nägeln brennen. Daher sollte ein ständiger Dialog vor Ort, wie er gerade jetzt im Rahmen der EU-Zukunftsdebatte europaweit verstärkt initiiert wird, nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein.“

Laut der – vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten – Umfrage der ÖGfE und der Europäischen Kommission zeigen sich mehr als zwei Drittel der Befragten in Vorarlberg an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert“. Fast jeder dritte (28 Prozent) gibt an, sich „auf jeden Fall“ an der Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmt der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 44 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. Ein knappes Fünftel (17 Prozent) ist hingegen skeptisch.

EU-Abgeordnete Claudia Gamon betonte: „Fast drei Viertel der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wollen sich an einer Debatte zur Zukunft der EU beteiligen, sofern diese auch konkrete Ergebnisse bringt. Das ist ein klarer Auftrag! Mit der Konferenz zur Zukunft Europas haben die Bürgerinnen und

Bürger nun nämlich die Chance dazu. Damit diese genutzt werden kann, müssen wir auch in Vorarlberg die Möglichkeit bieten. Ich lade die Landesregierung und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dazu ein, Diskussionen im Rahmen der Konferenz zu veranstalten. Arbeiten wir gemeinsam an einem Neustart für Europa, denn Vorarlberg hat nur in einem starken Europa eine erfolgreiche Zukunft. Und Europa hat nur eine gute Zukunft, wenn wir aus den Problemen der Gegenwart lernen.“

Für 59 Prozent der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger steht der „Klima- und Umweltschutz“ wie eingangs erwähnt ganz oben auf der europäischen To-Do-Liste. Für 57 Prozent gilt das auch für die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Je 52 Prozent sagen, dass „eine gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik“ sowie „die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ für die Union „hohe Priorität“ haben sollten. 46 Prozent der Befragten ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein besonders großes Anliegen. Für 37 Prozent wäre es zudem sehr dringlich, „die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“, ein weiteres Drittel wünscht sich sehr, dass die EU global stärker auftritt. 53 Prozent der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sind der Meinung, dass es „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 40 Prozent vertreten hingegen die Ansicht, dass in Zukunft die „EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“ sollten.

Wenn es um Entscheidungen hinsichtlich der persönlichen Zukunft geht, hat mehr als die Hälfte der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger (58 Prozent) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 11 Prozent geben in dieser Frage die nationale Ebene an (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 9 Prozent nennen die EU-Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, EU-Rat).

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt  
Generalsekretär  
[paul.schmidt@oegfe.at](mailto:paul.schmidt@oegfe.at)

Mag. Stefan Schaller  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
[stefan.schaller@oegfe.at](mailto:stefan.schaller@oegfe.at)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |  
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: [europa@oegfe.at](mailto:europa@oegfe.at) | Web: [www.oegfe.at](http://www.oegfe.at)